

Schwerpunkt

Wirtschaft in den neuen Ländern



60 Jahre Bundesrepublik Deutschland
20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit

Das Scheitern des zentralstaatlich geplanten Wirtschaftssystems der DDR war 1989 offensichtlich: Marode Infrastruktur, niedrige Arbeitsproduktivität, nicht wettbewerbsfähige Produkte und den Staatsbankrott vor Augen.

[mehr ▶](#)

Lesen Sie dazu in diesem Magazin:

- ▶ Die wirtschaftliche Lage der DDR vor der Wende 1989
- ▶ Der Osten holt weiter auf
- ▶ Konjunkturpakete - spezielle Maßnahmen für die neuen Länder

Aktuelles:

- ▶ Ausstellungszug "Expedition Zukunft" [↗](#)
- ▶ KfW-Programme treiben Ausbau "Erneuerbarer Energien" entscheidend voran [↗](#)
- ▶ Neue Gaspipeline "Nabucco" wird Gasversorgungssicherheit Europas erhöhen [↗](#)

[mehr ▶](#)

Weitere Angebote:

Tipps und Termine [↗](#)

Weitere Themen:

Konjunktur



Deutsche vertrauen der Sozialen Marktwirtschaft

[mehr ▶](#)

Bundshaushalt 2010

Herausforderungen für die Haushaltspolitik des Bundes

[mehr ▶](#)

Finanzmarkt



Bessere Kreditvergabe mit Bad Banks

[mehr ▶](#)

Staatsverschuldung



Neuverschuldung des Bundes wird begrenzt

[mehr ▶](#)

Unternehmen

Richtschnur für gute Unternehmensführung

- ▶ [↗](#)
- ▶ Schlaglichter der Wirtschaftspolitik [↗](#)
- ▶ Monatsbericht Juli des Bundesfinanzministeriums [↗](#)

[mehr ▶](#)

[mehr ▶](#)

Unternehmer



Vier Ringe - Imageräger für die deutsche Wirtschaft

[mehr ▶](#)

Impressum

© 2009 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- ▶ Impressum
- ▶ Abonnieren Sie auch die weiteren Themenmagazine der Bundesregierung

REGIERUNG
online

Wirtschaft in den neuen Ländern

Das Scheitern des zentralstaatlich geplanten Wirtschaftssystems der DDR war 1989 offensichtlich: Marode Infrastruktur, niedrige Arbeitsproduktivität, nicht wettbewerbsfähige Produkte und den Staatsbankrott vor Augen.

Heute, nach 20 Jahren Aufbau Ost sind die neuen Länder mit einer hochmodernen Infrastruktur gut erreichbare Produktions- und Dienstleistungsstandorte. Der Weg ist geebnet für eine nachhaltige, wirtschaftlich dynamische und ökologisch verträgliche Entwicklung. Bis zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West bedarf es aber noch weiterer Anstrengungen. Grundlage der Förderung für Ostdeutschland ist der Solidarpakt II.

Von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist der Osten genauso schwer betroffen wie der Westen. Aber dank der Mittel aus dem Solidarpakt II sind in einigen Branchen die Auswirkungen nicht so stark wie in den alten Ländern.

Und die Konjunkturpakete der Bundesregierung in Höhe von insgesamt 80 Milliarden Euro helfen mit speziellen Maßnahmen für die neuen Bundesländer.



Die wirtschaftliche Lage der DDR vor der Wende 1989



Foto: picture-alliance/ ZB
Bitterfeld vor der Wende 1989

Flüsse vergiftet, Böden verseucht; hustende Kinder und täglich kiloweise Flugasche überall. Das Chemiekombinat hatte nicht genügend Produktionsanlagen, Ersatzteile, Spezialisten, Rohstoffe und Zwischenprodukte. Das war Bitterfeld in Sachsen-Anhalt 1989, ein Sinnbild der ruinierten DDR.

Zwei Gesichter der DDR

Vollbeschäftigung, freie medizinische Versorgung und niedrige Mieten – das SED-Regime hob diese Errungenschaften gerne hervor. Doch sie waren am Ende immer weniger finanzierbar. Die Politik der SED führte die DDR in den Bankrott.

Nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 kam die ganze Wahrheit über die wirtschaftliche Lage der DDR ans Licht. Die DDR konnte Erich Honeckers Konzept der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" nicht durch die eigene Wirtschaftsleistung finanzieren.

Planwirtschaftliches System gescheitert

Das Scheitern des zentralstaatlich geplanten Wirtschaftssystems der DDR war 1989 offensichtlich. In der DDR entschied der Staat über Produktion, Produktionsmittel, Preise und Löhne.

Es fehlte der Wettbewerb. Wirtschaftlichkeit, Nachfrageorientierung, Qualität und Innovationen blieben auf der Strecke. Die Wirtschaft war so international kaum wettbewerbsfähig.

Geringe Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität der DDR lag im Jahr 1988 bei nur etwa 20 bis 25 Prozent des Westens. Der Arbeitsaufwand für die Herstellung vergleichbarer Produkte war in der DDR erheblich höher als im Westen. Das konnten auch längere Arbeitszeiten nicht kompensieren.

Schrottreife Industriearüstungen

Wegen immer älterer und reparaturbedürftiger Industriearüstungen ging die Wirtschaftskraft der DDR stetig zurück. Dies bestätigt auch ein Papier, das dem SED-Politbüro im Herbst 1989 vorlag. Im Jahr 1989 waren durchschnittlich 47 Prozent der industriellen Produktionsanlagen verschlissen. In manchen Bereichen lag die Zahl noch deutlich höher: 70 Prozent der maschinellen Anlagen in der Bauwirtschaft waren schrottreif.

Nicht ausreichende Investitionen

Die Investitionen in der Industrie reichten bei weitem nicht aus, um den hohen Instandhaltungs- und Reparaturbedarf zu decken. Von einer "stetigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik", wie Lenin es vorhergesagt hatte, konnte also keine Rede sein.

Mangelhafte Qualität der Produkte

Die niedrige Arbeitsproduktivität und die verschlissenen Produktionsanlagen hatten Folgen für die Produktqualität. Die Produkte waren oftmals nicht wettbewerbsfähig. Die DDR konnte sie wegen mangelhafter Produktqualität nicht absetzen. Die Importe lagen so weit über den Exporten.

Hohe Verschuldung durch fehlende Exporte

Zudem verbrauchten Staat und Bevölkerung über Jahre mehr Sachgüter und Dienstleistungen, als im eigenen Land hergestellt wurden. Dies finanzierte die DDR hauptsächlich durch zusätzliche Kredite in Westdeutschland.

Die DDR konnte im Jahr 1989 nur noch 35 Prozent der Westimporte, Kredittilgungen und Zinsen mit Devisenerlösen aus Exporten decken. Dies belegt auch das bereits zitierte SED-Papier. Die Verschuldung im Westen war damit "auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt". Der Staatsbankrott war unvermeidlich.

Zerstörte Umwelt

Aufgrund der desolaten finanziellen Lage nahm die DDR-Wirtschaft keine Rücksicht auf die Umwelt. Fast alle Binnengewässer waren stark verschmutzt, die Qualität des Trinkwassers

bedenklich. Hinzu kam die europaweit höchste Pro-Kopf-Belastung mit Schwefeldioxid und Staub.



Foto: LAIF
Bitterfeld - bedeutender Industriestandort im Grünen

Positive Bilanz des Aufbaus Ost

Nach 20 Jahren sind die neuen Länder mit einer hochmodernen Infrastruktur gut erreichbare Produktions- und Dienstleistungsstandorte. Der Weg ist geebnet für eine nachhaltige, wirtschaftlich dynamische und ökologisch verträgliche Entwicklung.

Beispiel Bitterfeld-Wolfen: Wieder bedeutender Industriestandort

Bitterfeld-Wolfen ist heute einer der bedeutendsten Industriestandorte in Mitteldeutschland. Die Industrieanlagen sind umweltschonend und erfüllen den Slogan des ChemieParks Bitterfeld-Wolfen "Die Chemie stimmt" mit Leben. Natur und Chemie haben sich nach der Wende ausgesöhnt.

Namhafte internationale Unternehmen beispielsweise aus der Schweiz, Norwegen, Australien, Chile, Frankreich, Schweden, USA und Japan haben sich dort angesiedelt. Im ChemiePark arbeiten aktuell rund 11.000 Beschäftigte und über 2.000 im TechnologiePark Mitteldeutschland. Investitionen von über fünf Milliarden Euro in die Infrastruktur und neue Anlagen haben sich ausgezahlt.

Ziel: Angleichung der Lebensverhältnisse

Die Wirtschaftskraft der neuen Länder reicht noch nicht an die des Westens heran. Deshalb bleibt die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiterhin ein zentrales Ziel der Politik der Bundesregierung. Grundlage der Förderung für Ostdeutschland ist der Solidarpakt II. Von 2005 bis Ende 2019 erhalten die neuen Länder noch Mittel in Höhe von 156 Milliarden Euro.



Kontext

Jahresbericht 2009 zum Stand der deutschen Einheit
Geschichte der Stadt Bitterfeld
Bitterfeld-Wolfen - ein hochmoderner Industriestandort im Grünen
Schlußbericht der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der

Der Osten holt weiter auf

Sächsische Unternehmen gehören heute in vielen zukunftsträchtigen Bereichen wieder zur technologischen Weltspitze. Dies gilt für traditionell starke Branchen wie die Automobilindustrie oder den Maschinenbau, aber auch für neu angesiedelte Industrien wie die Mikroelektronik.

Schon im 19. Jahrhundert zählte Sachsen zu den am stärksten industrialisierten Regionen Deutschlands und Europas. Unter der SED-Herrschaft fiel das Land international zurück.

Im Sommer vor 20 Jahren waren die sozialistischen Diktaturen in ganz Europa bankrott. In der DDR war der Maschinenpark veraltet, die Umweltbelastung gigantisch und die Produktivität erschreckend niedrig.

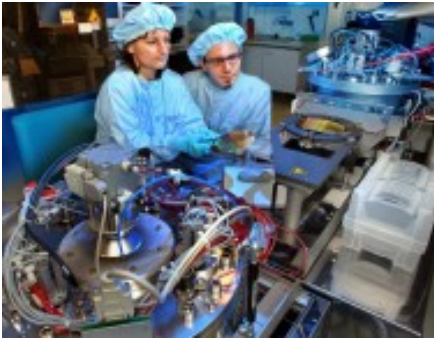


Foto: picture-alliance/ ZB
Biotechnologie - eine wachstumsstarke Branche in Ostdeutschland

Nach der Wende hat Sachsen an frühere Erfolge angeknüpft und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen. Das Land hat dem in der DDR kaltgestellten Mittelstand den nötigen Freiraum gegeben. Das Handwerk ist seit 1990 gestärkt und hat wieder goldenen Boden.

Herausragende Beispiele sind: Die Rückkehr des Automobilbaus. Die Entwicklung der Mikroelektronik, mit der die Region zum "Silicon Saxony" wurde. Gleichzeitig wurden und werden neue Technologiefelder erschlossen. Die Biotechnologie hat sich dabei als besonders wachstumsstarke Branche erwiesen.

Abstand zu westdeutschen Ländern verringert

Die Erneuerung der wirtschaftlichen Basis ist in Sachsen und den anderen ostdeutschen Ländern gut vorangekommen. Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung ist der Osten auf dem besten Wege, sich dem Westen anzunähern. Die Schere schließt sich.

Es wäre ein großer Erfolg, wenn Ostdeutschland bis 2019 an die wirtschaftliche Leistungskraft der strukturschwächeren westdeutschen Länder heranreichte. Zu diesem Ergebnis kommt der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Bundesminister Wolfgang Tiefensee hat den Jahresbericht am 10. Juni 2009 in Berlin vorgestellt.

"Die auf Zukunftsfelder orientierte Förderpolitik stellt Ostdeutschland mit Auslaufen des

Solidarpaktes auf ein gutes und hochmodernes Fundament", so Tiefensee bei der Vorstellung.

Der Solidarpakt II läuft im Jahr 2019 aus.

Wirtschaftliche Entwicklung kann sich sehen lassen

Von 2000 bis 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern je Einwohner von 67 Prozent auf 71 Prozent des westdeutschen Durchschnittsniveaus gestiegen. Pro Kopf gerechnet erhöhte es sich in diesem Zeitraum um 14,1 Prozent gegenüber nur plus 9,1 Prozent in den alten Ländern.

Die Produktivität hat von 75 auf 79 Prozent zugenommen. Die Exportquote wuchs von 50 auf 72 Prozent. Bemerkenswert ist, dass es mittlerweile in den neuen Ländern fast ebenso viele Unternehmensgründungen pro 1.000 Einwohner gibt wie in den alten Ländern.

Hohes Wachstum der Industrie

Sehr erfreulich ist besonders das hohe Wachstum der Industrie: 7,5 Prozent in den vergangenen drei Jahren gegenüber 4,3 Prozent im Westen.

Die Grundlage für diese Entwicklung sind die Mittel des Solidarpaktes II: Von 2006 bis 2008 sind rund 45 Milliarden an Hilfen zum wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufbau in Ostdeutschland geflossen.

"Die Ostdeutschen haben in den zurückliegenden zwanzig Jahren unheimlich viel geleistet", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 5. Februar 2009 im Interview mit der SuperIllu. "Insofern können wir jetzt unterm Strich auf zwei erfolgreiche Jahrzehnte deutscher Geschichte zurückblicken".

Die Bundeskanzlerin ist aber auch überzeugt davon, dass noch für etliche Jahre besondere Anstrengungen in den neuen Bundesländern nötig sein werden: Wegen geringerer Steuereinnahmen und doppelt so hoher flächendeckender Arbeitslosigkeit.



Kontext

Landesregierung Sachsen: Wirtschaft

Regierungserklärung von Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich vom 24. Juni 2009

Pressekonferenz von Bundesminister Wolfgang Tiefensee: Jahresbericht zum Stand der

Deutschen Einheit

Solidarpakt II

Konjunkturpaket I

Konjunkturpaket II

Interview der SuperIllu mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 5. Februar 2009 - Gestärkt aus der Krise gehen

Pressekonferenz nach dem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder am 18. Dezember 2008



Konjunkturpakete - spezielle Maßnahmen für die neuen Länder

Der Osten ist genauso schwer von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen wie der Westen. Sie ist auch für Ostdeutschland eine ernstzunehmende Herausforderung.

Die Wirtschaft in den neuen Ländern ist in einer bisher nie dagewesenen Weise der nationalen und internationalen Konkurrenz ausgesetzt.

"Und nun, im Jahr 20 nach der friedlichen Revolution, stehen wir am Anfang einer neuen Wettbewerbsphase", so der sächsische Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich am 24. Juni 2009 in Dresden.

Doch es gibt Anzeichen, dass in einigen Branchen die Auswirkungen nicht so stark sind wie in den alten Ländern.

Nachteile werden zu Vorteilen

Aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes für das erste Quartal 2009 belegen: Das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland hat mit minus 16,6 Prozent deutlich geringere Umsatzrückgänge als in Westdeutschland mit minus 21,1 Prozent.

Ursächlich sind hierfür vor allem sonst als eher negativ im Verhältnis zu Westdeutschland eingeschätzte Faktoren: Die geringere Exportabhängigkeit ostdeutscher Firmen sowie der höhere Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen.

Denn Großunternehmen leiden derzeit besonders stark unter dem weltweiten Nachfragerückgang.

Förderprogramme helfen gegen die Wirtschaftskrise

Stabilisierend wirken vor allem die zahlreichen Förderprogramme im Rahmen des Solidarpakts II sowie der höhere Anteil der Transferleistungen an der Gesamtnachfrage in Ostdeutschland.

Dennoch ist im Verlauf des Jahres mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen, auch wenn die Arbeitslosenquote im Mai 2009 noch auf 13,3 Prozent gesunken ist.

Entscheidend wird sein, dass die globale Wirtschaftskrise die bisher erreichten Entwicklungsfortschritte nicht in ihren Grundstrukturen gefährdet.

"Wir kämpfen um Arbeitsplätze, um Investitionen und um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir ernten zugleich die Früchte der Aufbauphase", so Tillich weiter.



Foto: Caro / Oberhaeuser
Zukunftsinvestitionen in die Bildung

Konjunkturpakete: Spezielle Maßnahmen für die neuen Bundesländer

Dabei helfen die Konjunkturpakete der Bundesregierung in Höhe von insgesamt 80 Milliarden Euro mit speziellen Maßnahmen für die neuen Bundesländer. Diese profitieren besonders, da einige der Maßnahmen die Förderung für den Aufbau Ost verstärken.

Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder

Der Bund gibt Geld für zusätzliche Investitionen der Länder und Kommunen vor allem in Bildung und Infrastrukturmodernisierung. Mit rund 2,3 Milliarden Euro von insgesamt 10 Milliarden Euro Bundesfinanzhilfen partizipieren die neuen Länder erheblich.

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)

Die Gemeinschaftsaufgabe fördert gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen der Kommunen. Im Rahmen eines Sonderprogramms für 2009 gibt der Bund einmalig 200 Millionen Euro zusätzlich. Diese Mittel werden - abweichend vom Verteilungsschlüssel der regulären GRW-Mittel - hälftig auf alte und neue Bundesländer aufgeteilt.

Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)

ZIM fördert bisher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE) des Mittelstandes bis 250 Beschäftigte. Die Bundesregierung hat das Programm erweitert:

- auf Unternehmen bis 1000 Beschäftigte und
- auf einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen.

Außerdem hat sie die Mittel dafür um je 450 Millionen Euro in 2009 und 2010 aufgestockt.

Ostdeutsche Unternehmen erhalten höhere Fördersätze. Von den zusätzlichen Mitteln sind für sie 100 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen.



Kontext

Landesregierung Sachsen: Wirtschaft

Sächsischer Ministerpräsident Stanislas Tillich

Pressekonferenz Bundesminister Wolfgang Tiefensee - Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit

Konjunkturpaket I

Konjunkturpaket II



Foto: BilderBox

Mögliches Ende der Talfahrt erreicht

Konjunktur

Deutschland trotz der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise hat unser Land erfasst. Doch die Deutschen sind zuversichtlich.

Viele Experten teilen inzwischen die Erwartung, dass die Talsohle im Sommer erreicht sein wird. Gleichwohl sind die Vorzeichen unsicher.

Bei Verbrauchern und Unternehmen wächst die Zuversicht

Der Konsumklimaindex der GfK-Gruppe lag im Juni stabil bei 2,6 Punkten und könnte sich im Juli auf 2,9 Punkte verbessern. Auch das Münchener Ifo-Institut meldete jüngst einen Anstieg seines Geschäftsklimaindex von 84,3 Punkten im Mai auf 85,9 im Juni. Das Mittelstandsbarometer von KfW und Ifo ergab im Juni ein Minus von 14,9 Punkte. Das war zum dritten Mal in Folge eine Verbesserung.

Der Präsident des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Wolfgang Franz, hält Erholungstendenzen zum Jahresende für möglich. Das gelte auch dann, wenn die Wirtschaft zunächst noch nicht wachsen sollte. Der ZEW-Index über die Konjunkturerwartungen in der Finanzwelt verbesserte sich im Juni um 13,7 auf 44,8 Punkte.

Weniger Pessimismus aber keine Trendwende

Von einer Trendwende wollen Experten und Regierungsvertreter noch nicht sprechen. Aber, der Pessimismus in der Wirtschaft hat abgenommen, so Ifo-Chef Hans-Werner Sinn.

Rückenwind für deutschen Optimismus aus dem Ausland

Bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hält man ein Ende der Talfahrt für möglich. Ähnliches kommt von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa in Paris. EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia sieht die Volkswirtschaften Europas nicht mehr im freien Fall.

Niedrige Inflation, höhere Einkommen und stärkerer Konsum

Die niedrige Inflation von 0,1 Prozent im Juni und der Rückgang der Einfuhrpreise besonders für Energie wirken sich günstig aus. Auch die anstehenden Rentenerhöhungen und Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger stimmen zuversichtlich.

Zudem stärkt das Misstrauen in die Finanzmärkte die Kauflaune. Statt zu sparen, kaufen viele lieber Konsumgüter. Nach einer Studie der DZ-Bank ist außerdem das verfügbare Einkommen deutscher Haushalte im Vergleich zu 2007 gestiegen.

Lage auf dem Arbeitsmarkt robust

Die Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung stabilisieren den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist von 8,2 Prozent im Mai leicht auf 8,1 Prozent im Juni gesunken.

Deutsche Exporte schrumpfen

Deutschlands Exporte brachen im ersten Quartal erneut um 21,2 Prozent ein. Im Mai lagen sie aber 0,3 Prozent über dem des Vormonats.

Die reale Wirtschaftslage bleibt ernst. Der Bundesbankbericht für Juni ist eindeutig: Die Aufhellungssignale aus dem Ausland sind nur schwach und die Binnennachfrage leidet unter einer geringen Investitionsneigung. Das trifft Erfolgsbranchen. Der Maschinenbau gehört dazu. Gefahr droht auch von einer möglichen Kreditklemme für die Unternehmen, vor der Wirtschaftsverbände und Experten warnen.

Mehr Aufträge für die Industrie

Die Auftragseingänge in der Industrie haben im Mai preis- und saisonbereinigt um 4,4 Prozent zugenommen nach 0,1 Prozent im April. Das teilt das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Auslandsorders stiegen stärker als die Inlandsbestellungen. Die Industrieproduktion lag im Mai um 5,1 Prozent höher als im April. Besonders profitierten die Hersteller von Investitionsgütern wie die Automobilindustrie und ihre Zulieferer.

Entwicklung des Welthandels entscheidend für Deutschland

Für den Exportweltmeister Deutschland kommt es jetzt auf die Entwicklung des Welthandels an, so das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI). Von den Weltmärkten hört man aber nur wenig Gutes.

China liefert einige positive Anzeichen. Die Weltbank geht von einem Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent aus.

Die Nachrichten aus Japan sind schlecht. Bei der größten Volkswirtschaft Asiens brachen die Exporte im April um 40,9 Prozent ein.

Ein Lichtblick kommt aus den USA: Das Handelsministerium meldete im ersten Quartal mit 5,5 Prozent einen geringeren Rückgang der Wirtschaftsleistung als erwartet. Daher hält man es für möglich, dass die Talsohle erreicht ist.

Stimmung solidarisch

Nur 13 Prozent der Deutschen meinen, dass die Lage noch schlechter wird, meint die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Viele erwarten sogar eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, heißt es dort unter Berufung auf das Demoskopie Institut Allensbach.

Deutsche keine Träumer

Im Ausland sei die Zuversicht der Deutschen schon aufgefallen. Angelsachsen sprechen schon von einer "German Lässigkeit". Insgesamt bescheinigen die Medien, dass die Deutschen keine realitätsfernen Träumer sind. Die Sorge um den Arbeitsplatz ist weit verbreitet. Und angestellte Manager haben stark an Ansehen verloren.

Glaube in die Soziale Marktwirtschaft ungebrochen

Eine große Mehrheit billigt, dass der Staat in die Wirtschaft eingreift. Zustimmung gibt es besonders für staatliche Kontrolle des Bankwesens. Und die Mehrheit stimmt Hilfen für schwächelnde Unternehmen zu. 80 Prozent der Befragten stehen hinter der Sozialen Marktwirtschaft.

Deutschland zeigt in der Krise Zuversicht.



Kontext

Entwicklung des Auftragseingangs in der Industrie im Mai 2009
ZEW-Konjunkturerwartungen
Aktueller Ifo-Geschäftsklima-Index
Ergebnisse der GfK-Konsumklimastudie Juni 2009 - Kauflaune trotz Krise
KfW-Ifo-Mittelstandsbarometer Juni 2009
Allensbach in FAZ-Kommentar "Gute Stimmung, schlechte Lage"

Wirtschaftskrise bekämpfen - Wachstum stärken

Die gegenwärtig schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte stellt die Haushaltspolitik des Bundes vor enorme Herausforderungen. Der Staat muss nun vor allem dafür sorgen, dass die Wachstumskräfte gestärkt werden.

Im Jahr 2010 schrumpft das deutsche Bruttoinlandsprodukt um sechs Prozent. Davon geht die Bundesregierung aus. "Das wirkt sich auch dramatisch auf den Bundeshaushalt aus", betont Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Auf dieser Grundlage hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf und die Finanzplanung bis 2013 beschlossen.

Die Krise kostet die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre. Der Bund kann sein Ziel, im Jahr 2011 ohne Neuverschuldung auszukommen, nicht annähernd verwirklichen.

Alles in allem muss der Bund im nächsten Jahr 86 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen. Das ist eine enorme Summe. Doch es gibt keine Alternative. Sparen in der Krise würde sie zusätzlich anheizen.

Expansive Finanzpolitik

Die Bundesregierung lässt die so genannten "automatischen Stabilisatoren" wirken: In Folge des Schrumpfens der Wirtschaftsleistung brechen Steuereinnahmen weg. Der Bund rechnet 2010 mit einem Minus von 41,6 Milliarden Euro gegenüber der bisherigen Planung.

Gleichzeitig muss der Bund automatisch 30 Milliarden Euro Mehrausgaben für die zu erwartende steigende Arbeitslosigkeit einplanen. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zum 1. Juli. Hierfür zahlt der Bund im nächsten Jahr zusätzliche 6,3 Milliarden Euro.

Um die Rezession abzumildern, stützt die Bundesregierung gezielt mit den zwei Konjunkturpaketen Unternehmen, Beschäftigte und Konsumenten. Die Mehrausgaben dafür im nächsten Jahr: 2,7 Milliarden Euro.

Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger



Foto: picture-alliance/ dpa

Krankenversicherungsbeiträge ab 2010 steuerlich absetzbar

"Die Entlastungen, die jeder Bürger und jede Bürgerin erhält, werden leicht vergessen", stellt

Steinbrück fest. Allein die Beitragssatzsenkung für die Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent spart Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Unternehmen 30 Milliarden Euro.

Die Konjunkturpakete bringen 21,4 Milliarden Entlastungen. Und 2010 kommen knapp 10 Milliarden durch die steuerliche Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen hinzu.

Konsolidieren nach der Krise

Zentrale Aufgabe der Bundesregierung wird es sein, die Finanzpolitik wieder auf den Pfad der strikten Konsolidierung zurückzuführen.

Allein in diesem Jahr muss der Bund 300 Milliarden Euro Schulden bedienen. Im nächsten Jahr werden es 330 Milliarden sein. Die Zinsausgaben des Bundes betragen bei dem jetzt niedrigen Zinsniveau rund 40 Milliarden Euro.

"Es wird darauf ankommen, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht an Vertrauen und Liquidität verliert", fordert Steinbrück. Ein schlechteres Rating würde die Zinsbelastungen enorm erhöhen.

Bundshaushalt 2010 im Überblick (in Milliarden Euro):

Ausgaben	327,7
Einnahmen	327,7
Steuereinnahmen	213,8
Sonstige Einnahmen	27,8
Nettokreditaufnahme	86,1
Nachrichtlich:	
Investitionen	48,6

Größter Ausgabenblock ist mit 81 Milliarden Euro der Zuschuss für die Rentenversicherung. Gab der Bund hierfür im Jahr 1984 noch 13 Prozent seines Haushalts aus, so sind es heute 25 Prozent.



Kontext

Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden, finanzpolitische Spielräume überwinden
Konjunkturpakete
Bürgerentlastungsgesetz
Schuldenbremse



Foto: picture-alliance/ dpa
Bessere Kreditvergabe mit Bad Banks

Finanzmarkt

Kredite für die Wirtschaft

Die Kreditvergabestandards haben sich weiter verschärft. Das ist in konjunkturellen Abschwungzeiten nicht ungewöhnlich. Es gibt aber im Moment keine flächendeckende Kreditklemme.

Das Bankensystem erfülle seine Aufgaben nach wie vor, bestätigte der Präsident der Deutschen Bundesbank, Axel Weber am 7. Juli dieses Jahres.

Banken wollen günstige Kredite bewilligen

Bankenvertreter haben Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg am 2. Juli zugesichert, günstige Kreditbedingungen an die Kunden weiterzugeben. Man sei sich einig gewesen, dass es nicht zu einer ernsthaften Kreditklemme kommen dürfe, erklärte zu Guttenberg nach einem Treffen mit Wirtschafts- und Bankenverbänden. Dies soll zum Beispiel für Mittel gelten, die die Banken zinsgünstig von der Europäischen Zentralbank erhalten.

Das Kredit- und Bürgschaftsprogramms der Bundesregierung wirkt immer besser. Das ist zumindest der Eindruck des Bundeswirtschaftsministers. Bislang haben die Unternehmen Kredite in Höhe von 7,1 Milliarden Euro beantragt. Die KfW-Bankengruppe hat Bürgschaften über 1,2 Milliarden Euro zugesagt.

Vertrauen wiederherstellen

Für eine funktionierende Finanzierung von Wirtschaft und Verbrauchern ist Vertrauen auf dem Finanzmarkt die zentrale Voraussetzung. Dieses Vertrauen ist noch nicht wieder hergestellt. Banken leihen Banken kein Geld mehr, weil das Misstrauen immer noch groß ist. Sie zögern mit der Vergabe von Krediten an die Wirtschaft.

Bad Banks entlasten Banken

Die Bundesregierung stabilisiert den Finanzmarkt weiter durch zusätzliche gesetzliche Maßnahmen. Den Banken stehen nun zwei Bad Bank-Modelle zur Verfügung, um ihre Bilanzen von "faulen", nicht veräußerbaren Wertpapieren zu entlasten. Die Bad Bank-Modelle verbessern die Möglichkeiten der Banken zur Kreditvergabe. Das ist wichtig, damit die Wirtschaft wieder investiert

und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Schrottpapiere entsorgen – Kreditgeschäft ankurbeln

"Faule", nicht veräußerbare Wertpapiere belasten die Bilanzen einzelner Kreditinstitute, Banken und Finanzholdinggesellschaften. Sie binden Eigenkapital - Geld, das dann für Kreditgeschäfte nicht mehr zur Verfügung steht. Im schlimmsten Fall droht die Insolvenz.

Von Bilanzbereinigung bis Neustrukturierung

Das Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilität bietet zwei Modelle:

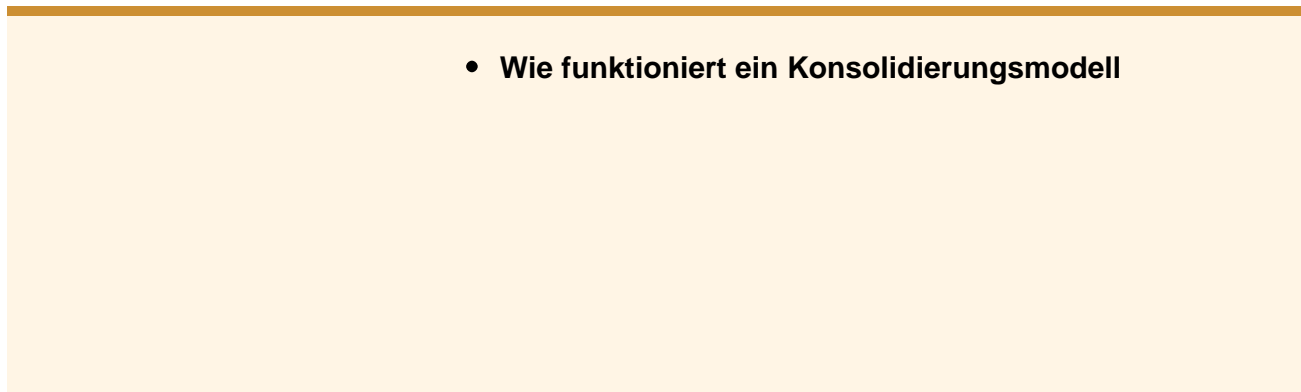
Beim ersten Modell übertragen Banken ihre Schrottpapiere gegen einen Wertabschlag auf neu gegründete Zweckgesellschaften ("Bad Banks"). Im Gegenzug erhalten die Banken gegen Gebühr vom Staat garantierte Schuldverschreibungen. Dafür bekommen sie neues Geld von der Bundesbank. So werden Eigenmittel der Banken frei, die sie dann in Form von Krediten an die Realwirtschaft weitergeben können.

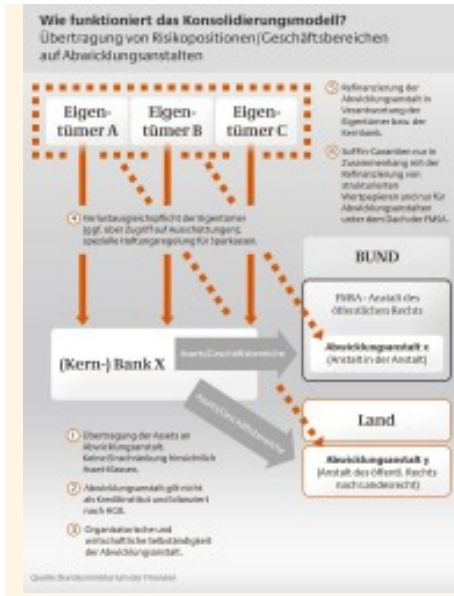
Grafik I:



Für einige Institute reicht dieses Modell nicht aus, um sie nachhaltig zu stabilisieren. Deshalb gibt es ein zweites Bad Bank-Modell ("Konsolidierungsmodell"). Das ermöglicht den Banken sogar, ganze unrentable Geschäftsbereiche auszulagern. Ziel sind eine umfangreiche Bilanzbereinigung und Neustrukturierung.

Grafik II:





Beide Bad Bank-Modelle stehen grundsätzlich allen Banken offen. Das "Konsolidierungsmodell" ist aber besonders für die Landesbanken interessant.

Steuerzahler nicht belasten

Die Banken können ihre Papiere nicht zum Nulltarif in eine Bad Bank auslagern. Sie müssen die Differenz zwischen dem Wert bei Auslagerung und dem späteren Fälligkeitwert der Papiere ausgleichen. Die abgebenden Banken haften weitgehend selbst für später mögliche Verluste aus den Papieren.

Die Anteilseigner der Banken – bei den Landesbanken beispielsweise die Sparkassen - bleiben als Eigentümer weiter verantwortlich. Denn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht für den Schaden zahlen.



Kontext

Den Teufelskreis durchbrechen - Warum Kreditvergabe nicht stocken darf?

Banken sollen günstige Refinanzierungsmöglichkeiten weitergeben

Gesetz für Bad Banks beschlossen

Aufsatz aus dem Monatsbericht der Bundesbank zum Bad Bank-Modell

Maßnahmen der Bürgschaftsbanken aus dem Konjunkturpakt II kommen beim Mittelstand an



Foto: Volkmar Schulz / Keystone
Strenge Vorgaben gegen Neuverschuldung

Staatsverschuldung

Die neue Schuldenbremse - Für einen dauerhaft handlungsfähigen Staat

Die Bank verweigert neue Kredite, wenn sich der Normalbürger zu hoch verschuldet. Beim Staat sorgt die neue Schuldenregel im Grundgesetz dafür: Sie begrenzt dessen Neuverschuldung.

Nach der Krise muss die Bundesregierung die Finanzpolitik auf den Pfad der strikten Konsolidierung zurückführen. Die neue Schuldenregel schafft hierfür strenge Vorgaben.

Grundsatz: ausgeglichene Haushalte

Die Schuldenbremse begrenzt die konjunkturunabhängige Neuverschuldung des Bundes: ab dem Jahr 2016 sind nur noch 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erlaubt. Die Länder dürfen sich grundsätzlich gar nicht neuverschulden.

Ein kleiner Spielraum für strukturelle Neuverschuldung des Bundes ist wirtschaftlich sinnvoll: der Staat finanziert dadurch Investitionen und Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung. Diese stärken das Wirtschaftswachstum dauerhaft. Davon profitieren auch künftige Generationen.

Konjunkturkomponente

Der Staat hat sich verpflichtet, besser auf konjunkturelle Effekte zu reagieren. In einem Wirtschaftsabschwung darf er den Grenzwert von 0,35 Prozent etwas überschreiten. Geht es der Wirtschaft wieder gut, ist der Spielraum für Neuschulden geringer. Der Staat muss dann Überschüsse erwirtschaften. Über einen Konjunkturzyklus soll so der Haushalt ausgeglichen sein.

Die aktuelle Krise zeigt: Nur wenn der Staat in guten Zeiten Schulden abbaut, kann er in schlechten Zeiten wirksam gegensteuern.

"Die neue Schuldenregel hat Signalwirkung", so Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Sie trägt dazu bei, das Vertrauen in die langfristige Solidität der öffentlichen Finanzen Deutschlands zu sichern. Das gilt für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der internationalen Finanzmärkte.

Kontrollkonto

Zentral für eine effektive Schuldenbremse ist das sogenannte Kontrollkonto. Es hält Abweichungen von der zulässigen Kreditaufnahme fest und saldiert diese. Nutzt der Staat den Spielraum für die Neuverschuldung nicht, erhält er eine Gutschrift. Überschreitet er den Spielraum, wird das Konto belastet.

Ist das Konto mit einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Minus, muss der Staat die Schulden zurückführen. Dies geschieht konjunkturgerecht. Die Schulden werden im Wirtschaftsaufschwung abgebaut.

Notsituationen

Für außergewöhnliche Notsituationen wie die aktuelle Wirtschaftskrise oder einer Naturkatastrophe lässt die Schuldenregel Ausnahmen zu: eine höhere Verschuldung ist dann erlaubt. Dies sichert die staatliche Handlungsfähigkeit.

Stabilitätsrat als Frühwarnsystem

Mit der Schuldenregel führt die Bundesregierung auch einen Stabilitätsrat ein. Ab 2010 ersetzt er den Finanzplanungsrat. Der Stabilitätsrat besteht aus dem Bundesfinanzminister und den Finanzministern der Länder.

Er hat größere Kompetenzen als sein Vorgänger. Der Stabilitätsrat überwacht die Haushalte von Bund und Ländern und kann Sanierungsverfahren einleiten und überwachen. Er soll helfen, Haushaltsnotlagen besser vorherzusehen.



Kontext

Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln von Bund und Ländern

Schuldenbremse durch den Bundesrat verabschiedet

Historische Entscheidung: Schuldenbremse kommt

Schuldenbremse im Gesetzgebungsverfahren

Glossar: Schuldenbremse

Einvernehmlicher Beschluss der 110. Sitzung des Finanzplanungsrates am 8. Juli 2009

Krise bekämpfen, Wachstum stärken

Bundeskodex für gute Unternehmensführung

Geschäftsführer, Vorstände, Aufsichtsräte sollen ihre Unternehmen verantwortlich und langfristig erfolgreich lenken. Die Bundesregierung gibt privaten Unternehmen mit überwiegender Bundesbeteiligung eine Richtschnur für gute Unternehmensführung: den "Public Corporate Governance Kodex".



Foto: REGIERUNGonline
Gute Unternehmensführung braucht klare Strukturen

Der "Public Kodex" ist das Kernelement der vom Kabinett verabschiedeten "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes". Der Bund schafft damit kein neues Recht. Aber Führung und Überwachung der Unternehmen werden transparenter und nachvollziehbarer. Denn eine gute Unternehmensführung braucht klare Strukturen.

Der Kodex gilt für nicht-börsennotierte private Unternehmen, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist. Zu diesen Unternehmen gehören unter anderem die Deutsche Bahn AG, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH und die Wismuth GmbH Chemnitz.

Verantwortung klar benennen

Der Bund gibt Empfehlungen und Anregungen, um die Verantwortungsbereiche von Vorständen, Aufsichtsräten und Anteilseignern genauer zu benennen.

Dazu gehören unter anderem die Haftungsregelung für Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte. Außerdem: Ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling durch die Geschäftsleitung - das ist der Vorstand bei einer Aktiengesellschaft oder die Geschäftsführung bei einer GmbH. Aufsichts- oder Verwaltungsräte sollen zudem regelmäßig die Qualität und Effizienz ihrer Tätigkeit überprüfen.

Vorstandsvergütungen langfristig ausrichten

Geschäftsführungs-, Vorstands und Aufsichtsratsmitglieder müssen ihre Vergütung offenlegen.

Eine wichtige Rolle spielen Regelungen für die angemessene Vergütung von Mitgliedern der Geschäftsleitung. Der Kodex greift dazu die vom Bundestag am 18. Juni 2009 verabschiedete Neuregelung für Managergehälter auf.

Die Vergütung von Mitgliedern der Geschäftsleitung ist in den Anstellungsverträgen zweifelsfrei festzulegen. Sie orientiert sich am nachhaltigen Unternehmenserfolg. Dies gilt insbesondere für die variablen Vergütungsbestandteilen. Diese sollen außerdem Risikokomponenten (wie bei einem Bonus-Malus-System) enthalten.

Bei einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens kann die Vergütung herabgesetzt werden. Beendet ein Mitglied der Geschäftsleitung seine Tätigkeit vorzeitig, soll die Abfindungszahlung in der Regel zwei Jahresvergütungen nicht übersteigen.

Vertrauen stärken

Die Leitlinien sind in einer globalen Welt für ein glaubwürdiges und langfristig erfolgreiches Wirtschaften wichtig. Das macht die Finanzkrise besonders deutlich. Unternehmen, mit maßgeblicher Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland sind besonders zur Transparenz verpflichtet. Denn Bürgerinnen und Bürger sollen erfahren, was mit ihren Steuergeldern passiert.

Weichen Unternehmen von den Empfehlungen des Kodex ab, müssen sie das in einem jährlich zu veröffentlichenden Corporate Governance Bericht erklären.

Der Bund orientiert sich mit dem "Public Kodex" an den Standards des "Deutschen Corporate Governance Kodex" für börsennotierte Aktiengesellschaften. Er fasst seinen neuen Kodex teilweise sogar strikter. Denn der Bund will bei "seinen" Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen.

Der Bund empfiehlt auch, dass Unternehmen keine Kredite an Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmitglieder sowie an deren Angehörige vergeben. Das soll schon im Vorfeld mögliche Interessenkonflikte vermeiden.



Kontext

Mit gutem Beispiel vorangehen
Neue Regeln für Managergehälter
Beteiligungsbericht 2008



Foto: picture-alliance/ dpa
Audi - Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft

Unternehmer

100 Jahre Audi - Vorsprung durch Technik

Audi – auf Deutsch horch! Das ist der Firmenname eines erfolgreichen deutschen Automobilherstellers. August Horch hat am 16. Juli 1909 in Zwickau die Firma gegründet, aus der die heutige Audi AG hervorgegangen ist.

1910 wählte Horch die lateinische Übersetzung seines Familiennamens für sein Automobilwerk. Denn seinen Namen Horch durfte er nicht mehr als Firmenbezeichnung benutzen.

Das Audi-Signet, die Vier Ringe, kamen 1932 hinzu. Damals schlossen sich vier Kraftfahrzeughersteller Audi, DKW, Horch und Wanderer zu einer Firma zusammen, der Auto Union in Chemnitz.

Am 16. Juli 2009 feierte die Audi AG ihren 100. Markengeburtstag. Zu den Gratulanten gehörte Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Audi ist eine erfolgreiche Marke in der Bundesrepublik Deutschland". Audi, so Merkel weiter, stehe mit seiner Erfolgsgeschichte stellvertretend für andere Werke der Automobilindustrie.

Podcast der Bundeskanzlerin

- **Deutschland soll moderner Automobilstandort bleiben**

Vier Ringe stehen für den Erfolg

Die Audi AG zählt zu den traditionsreichsten Autoherstellern der Welt. Die vier Ringe stehen für eine Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft. Sie sind das Symbol für eine der fruchtbarsten Firmenfusionen unserer Wirtschaftsgeschichte. Als einer der Imageträger Deutschlands stehen sie für: Ingenieurkunst, mutige Innovationen, solide Wertschöpfung, nachhaltiges Wachstum, soziales Engagement und Kulturpflege.

Wechselvolle Geschichte durch Krieg und Teilung

Die deutsche Teilung hat Audi auseinander gerissen und die Erben in Ost und West in getrennte Bahnen gelenkt.

Audi Ost

Die Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone lösen die Auto Union AG auf. Aus den Resten der im Krieg zerstörten Audi-Werken in Zwickau wird das VEB Kraftfahrzeugwerk Audi. 1958 geht "Audi-Ost" im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau auf. Ein Wiederaufstieg im östlichen Teil Europas gelingt. Markenzeichen dafür ist der Trabant. Der "Trabi" wird zum Symbol der Mobilität in der DDR. Nach der Wende gelang es der Trabi-Schmiede nicht, diesen Erfolg fortzuschreiben.

Audi West

Aus den Resten und Trümmern der Auto Union AG in der Bundesrepublik Deutschland wird die Auto Union GmbH. Die Fahrzeuge der Auto Union etablieren sich am Markt unter dem Markennamen DKW.

1959 übernimmt die Daimler Benz AG die Auto Union GmbH, 1964 Volkswagen. VW belebt den Namen Audi neu und übernimmt als Logo die vier Ringe der Auto Union von 1932. 1969 fusioniert die Auto Union GmbH mit der NSU AG in Neckarsulm zur "Audi NSU Auto Union AG". Diese Verbindung erweist sich als technologisch besonders fruchtbar. Der weltberühmte Slogan "Vorsprung durch Technik" hat hier seinen Ursprung.

Seit dem 1. Januar 1985 firmiert die "Audi NSU Auto Union AG" nur noch als Audi AG.

"Vorsprung durch Technik"

Der Slogan "Vorsprung durch Technik" ist ein Synonym für Audi und deutsche Ingenieurleistung. Ob bei den Antrieben oder der Karosserie, Audi ist und war in vielen Technikbereichen ein Pionier.

Audi hat den Trend zum emissionsarmen Auto wirksam gefördert und so zum Umweltschutz beigetragen. Ein Audi hatte als erstes deutsches Auto eine allgemeine Betriebserlaubnis für einen Katalysator. Anfang der achtziger Jahre war ein Audi 100 mit einem Luftwiderstandsbeiwert von 0,30 das strömungsgünstigste Serienfahrzeug der Welt. Audi-Techniker entwickelten den Allradantrieb für Pkw und vollverzinkte Karosserien zur Serienreife.

Dass Audi im internationalen Motorsport ganz vorne mit dabei ist, erscheint da fast selbstverständlich.

Mitarbeiter-Bonus für nachhaltiges Wirtschaften

Nachhaltige Leistung hat Audi für schwierige Zeiten gestärkt. Trotz der weltweiten Rezession kann auch in diesem Jahr eine Mitarbeitererfolgsbeteiligung ausgezahlt werden.

Förderung des Sports und der Künste

Auch das gesellschaftliche Engagement von Audi ist beachtlich. Im Sport fördert die Firma Europas Spitzenfußball.

Seit 1990 kommen jährlich im Juli Künstler von Weltrang nach Ingolstadt. Über eine Viertelmillion Musikbegeisterte haben die Sommerkonzerte seit ihrer Gründung besucht.

Audi hat die Wirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts, zwei Weltkriege und die deutsche Teilung überlebt. Die Firmengeschichte zeigt: Unternehmen können gestärkt aus Krisen hervorgehen.

Die deutsche Automobilindustrie

In Deutschland gibt es rund 46 Millionen Pkw. Jede oder jeder Zweite hat ein Auto.

Die deutsche Automobilindustrie:

- hat 2008 insgesamt rund 288 Milliarden Euro umgesetzt.
- produzierte 6,045 Millionen Kraftfahrzeuge im Jahr 2008. Nur die USA und Japan produzieren mehr.
- ist die stärkste deutsche Exportbranche und der weltweit größte Autoexporteur. 2007 hat die Branche rund 5,4 Millionen Pkw im Wert von rund 95 Milliarden Euro exportiert.
- hat 2008 rund 756.500 Beschäftigte. Jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Automobilbranche zusammen. Auch Branchen, die vordergründig wenig mit dem Auto zu tun haben, sind an seiner Herstellung beteiligt: Chemische Industrie, Textilindustrie, Maschinenbau, elektrotechnischen Industrie, Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie der Eisenindustrie. Auch viele Dienstleistungen hängen direkt oder indirekt von der Automobilkonjunktur ab, insbesondere Autohändler, Werkstätten und Tankstellen.



Kontext

Branchenfokus des Bundeswirtschaftsministeriums
Audi-Geschichte

Aktuelles

- ▶ Ausstellungszug "Expedition Zukunft" [↗](#)
 - ▶ KfW-Programme treiben Ausbau "Erneuerbarer Energien" entscheidend voran [↗](#)
 - ▶ Neue Gaspipeline "Nabucco" wird Gasversorgungssicherheit Europas erhöhen [↗](#)
 - ▶ Offshore-Ausbau in der Ostsee kommt voran [↗](#)
 - ▶ Strom aus der Wüste - Initiative DESERTEC gegründet [↗](#)
-

Weitere Angebote

- ▶ Tipps und Termine [↗](#)
 - ▶ Schlaglichter der Wirtschaftspolitik [↗](#)
 - ▶ Monatsbericht Juli des Bundesfinanzministeriums [↗](#)
 - ▶ Anwenden oder nicht anwenden? Nur jede 60. Entscheidung des Bundesfinanzhofs betroffen. [↗](#)
-

Impressum

Das "**Magazin für Wirtschaft und Finanzen**" ist als digitales Werk Teil des Internetangebots der Bundesregierung. Es wird herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin. Dieses Magazin erscheint im vierwöchigen Rhythmus im Wechsel mit anderen Themenmagazinen.

Verantwortlich: Claus Zemke

Redaktionsleitung Magazin für Wirtschaft und Finanzen: Dr. Ulrich Stempel, Georg Tölle

Layout und Redaktion: Herbert Behrendt, Petra Kuschinski, Anna Sanktjohansa (Praktikantin), Susanne Thran

Bildagentur: verantwortlich Ulrich Weichert

Fotoredaktion: Silke Hinkelmann, Christian Stutterheim

Fotografen: Guido Bergmann, Steffen Kugler, Sandra Steins

Telefon: 030 18 272 - 3224, Fax: 030 18 272 - 2349

Abonnement

Abonnieren Sie die weiteren Themenmagazine

"Magazin zur Entwicklungspolitik",

"Magazin für Soziales, Familie und Bildung",

"Magazin zur Europapolitik",

"Magazin für Wirtschaft und Finanzen",

"Magazin für Infrastruktur und neue Länder" und

"scheckker - das jugend-magazin"

schnell, bequem und kostenlos unter der **Anmeldeseite "Abonnement der Magazine"**.

Copyright für Bilder, soweit nicht anders vermerkt:

REGIERUNGonline, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,
11044 Berlin.

Bildnachweis für Word-Bildmarke: picture-alliance / KPA

Realisiert werden die Magazine im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der **jinit[Aktiengesellschaft für digitale Kommunikation**.

- Zitierung unter Angabe der Quelle "Magazin für Wirtschaft und Finanzen" frei.

Nachdruck nur mit Erlaubnis des Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- Durch die Digitalisierung von Daten können Fehler auftreten. Beim

Einsatz unterschiedlicher Browser für das World Wide Web und aufgrund unterschiedlicher Software-Einstellungen kann es bei der Darstellung der Daten zu Abweichungen kommen.

